

## **Interpellation Fraktion GB/JA! (Leena Schmitter/Christine Michel, GB): Sparen auf Kosten von Frauen? Wirtschaftspolitische Auswirkungen von Sparmassnahmen**

Wo wird gespart – und wo nicht? Die Studie „An den Frauen sparen?“<sup>1</sup> zeigte, dass Frauen auf Gemeindeebene überdurchschnittlich von Spareffekten betroffen waren: Für die Sparperiode 1993-1994 liess sich u.a. eine Auseinanderentwicklung von öffentlichen Geldern für Männer und Frauen zeigen. Dieses grosse Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern zeigte sich etwa, indem Bereiche, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind vermehrt Kürzungen zum Opfer fielen als Arbeitsorte, in denen vornehmlich Männer beschäftigt sind.<sup>2</sup> Diese Entwicklung führte zur vermehrten Gratisarbeit von Frauen, insbesondere im Haushalt, Gesundheits- und Pflegewesen.

Nun hat sich die finanzielle Situation seit Ende der 1990er Jahre nicht etwa verbessert, sondern bis 2013 weiterhin verschärft. Auch heute sind es insbesondere die Bereiche Gesundheit, Bildung und Gemeinwesen, an denen gespart wird – Bereiche, in denen v.a. Frauen beschäftigt sind. Dies kann dazu führen, dass Arbeitnehmerinnen diese Arbeiten gratis leisten – Arbeiten, die eigentlich der Staat als gesellschaftliche Aufgabe übernehmen müsste.

Welche genauen wirtschaftspolitischen Auswirkungen dies heute auf die Frauen hat, ist für die Stadt Bern noch nicht belegt. Klar ist allerdings, dass diese Entwicklungen die Gefahr bergen, dass Frauen diejenigen Bereiche abfedern, welche der Staat als gesellschaftliche Aufgabe übernehmen müsste. Ausserdem führt dies insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen unter Zeit- und Finanzdruck.<sup>3</sup> Auch die Integration der Frauen in den Erwerbsmarkt gerät unter Druck.

Eine frühzeitige Erkennung möglicher Fallstricke ist deshalb von grosser Notwendigkeit – davon profitieren nicht nur die Frauen, sondern die ganze Gesellschaft, denn eine geschlechtergerechte Gesellschaft kommt allen zugute!

Die Stadt Bern hat es sich zum Ziel gemacht, sich „konsequent für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern“<sup>4</sup> einzusetzen – differenzierte Budgetanalysen können ein Weg dazu sein (Vgl. Interpellation Grossrat (25.3.2103): Natalie Imboden (Grüne)/Béatrice Stucki (SP/JUSO/PSA): Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP 2014): An den Frauen sparen?). Wir bitten deshalb, den Gemeinderat, folgende Fragen zu

beantworten:

1. Hat sich der Gemeinderat bereits mit der erwähnten Problematik auseinandergesetzt?
2. Sieht der Gemeinderat Tendenzen
  - a) dass aufgrund der Sparmassnahmen Berufszweige, in denen vor allem Frauen tätig sind, abgebaut oder ganz gestrichen werden (z.B. Teilpensen)?
  - b) dass Frauen aufgrund der Sparmassnahmen Arbeit gratis leisten (z.B. Tagesschulen, Mittagstische, SeniorInnenpflege)?
  - c) dass aufgrund der Sparmassnahmen für Frauen mit Kindern vermehrt Vereinbarkeitsprobleme auftauchen, da spontane Arbeitseinsätze von den

---

<sup>1</sup> Tobias Bauer und Beat Baumann (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien): An den Frauen sparen? Eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen. Im Auftrag des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste VPOD, des Föderativverbandes und der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, Bern 1996. Online: [http://www.buerobass.ch/pdf/1996/vpod\\_skqb\\_an\\_den\\_frauen\\_sparen.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/1996/vpod_skqb_an_den_frauen_sparen.pdf) (Zugriff: 26.3.2013).

<sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 104.

<sup>3</sup> Vgl. Women in Development Switzerland (WIDE) (Hg.), Switzerland care-free?! Einblicke in vier Schauplätze der Care-Ökonomie: Haushalt, Gesundheits- und Pflegewesen, globalisierter Care-Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen, Bern 2013.

<sup>4</sup> <http://www.bern.ch/stadtverwaltung/prd/gleichstellung> (Zugriff: 26.3.2013).

Arbeitnehmerinnen gefordert werden (v.a. im Gesundheitsbereich) und die Belastung in der Hausarbeit zunimmt?

- d) Falls Ja: Welche Strategien verfolgt er, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
3. Wie steht der Gemeinderat zur geschlechtergerechten Rechnungs- und Budgetgliederung (Gender-Budgeting)?
- a) Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, Rechnungen/Budgets in Zukunft aus Geschlechtersicht zu beurteilen?
- b) Ist der Gemeinderat bereit, im Rahmen der anstehenden Aufgaben- und Strukturüberprüfung für das 14. und weitere Haushaltsverbesserungspakete eine begleitende Analyse aus Geschlechtersicht erstellen zu lassen?

Bern, 04. April 2013

*Erstunterzeichnende: Leena Schmitter, Christine Michel*

*Mitunterzeichnende: Sabine Baumgartner, Cristina Anliker-Mansour, Mess Barry, Esther Oester, Franziska Grossenbacher, Stéphanie Penher, Lea Bill*

### **Antwort des Gemeinderats**

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist ein in der Bundesverfassung festgeschriebenes Grundrecht. Schon allein deswegen sind die Mittel der öffentlichen Hand so einzusetzen, dass Frauen und Männer davon profitieren können. Soweit der Gemeinderat die städtischen Leistungen beeinflussen kann, hat er immer das Gesamtwohl der Bevölkerung im Auge. Es wäre seiner Meinung nach problematisch, gestützt auf eine geschlechtergerechte Budgetierung plötzlich genau auszuscheiden, welche Leistungen eher für Frauen oder eher für Männer sind. Dadurch würden letztlich nur verschiedene Angebote gegeneinander ausgespielt.

#### *Zu Frage 1:*

Nein, der aktuelle Gemeinderat hat sich mit diesem Thema bis anhin nicht auseinandergesetzt. Er kann sich aber kaum vorstellen, dass die Tendenz, vor allem zu Lasten der Frauen zu sparen, in der Stadt nachweisbar wäre. Bei Sparrunden waren zumeist sämtliche Direktionen im gleichen Ausmass betroffen.

#### *Zu Frage 2a:*

Der Gemeinderat sieht in der Stadt keine Tendenzen, dass aufgrund von Sparmassnahmen Berufszweige abgebaut oder ganz gestrichen werden, in denen vor allem Frauen tätig sind. Ein Personalabbau hat bei den Sparpaketen der vergangenen Jahre kaum stattgefunden, im Gegenteil, die Vollzeitstellen in der Stadtverwaltung erhöhten sich in den letzten zehn Jahren von 2 072,8 auf 2 471,7. Zudem ist in den letzten fünf Jahren gesamtstädtisch der Anteil der Frauen in öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnissen um 3 % auf 47,6 % angestiegen.

#### *Zu Frage 2b:*

Auch diesbezüglich sieht der Gemeinderat keine Tendenz, sofern er dies überhaupt überblicken oder steuern kann. Im Falle von städtischen Angeboten wird bestimmt nicht von Frauen erwartet, dass sie Gratisarbeit leisten, damit die Stadt sparen kann.

*Zu Frage 2c:*

Für alle Eltern kommt es sicher wiederholt zu Vereinbarkeitsproblemen, da die Arbeitgebenden von ihren Angestellten eine gewisse Flexibilität erwarten. Solche Vereinbarkeitsprobleme treffen in der Tendenz Frauen mit Kindern stärker als Männer mit Kindern, da nach wie vor ein Grossteil der Erziehungsarbeit von Frauen geleistet wird. Alle Teilzeit Arbeitenden mit Betreuungsaufgaben werden jedoch vor Schwierigkeiten gestellt, wenn am Arbeitsplatz ein Sondereinsatz nötig wird oder bei der Kinderbetreuung nicht alles plangemäss läuft. In der Stadtverwaltung kommt es kaum zu spontanen Arbeitseinsätzen. Vereinbarkeitsprobleme tauchen deshalb vorab dann auf, wenn Kinder, die gewöhnlich eine Tagesstätte besuchen, krank sind und deshalb zu Hause bleiben müssen. Für solche Fälle sieht das städtische Personalrecht die Möglichkeit zusätzlichen bezahlten Urlaubs vor.

*Zu Frage 2d:*

Keine.

*Zu Frage 3a:*

Das städtische Budget ist in Produktgruppen und Produkte gegliedert. Es kann deshalb bereits heute genau gesagt werden, welche der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel welchen Anspruchsgruppen zu Gute kommen. Von verschiedensten städtischen Angeboten profitieren immer auch Frauen. So wurden beispielsweise die Angebote in der familienexternen Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren auch dank zusätzlicher städtischer Mittel ausgebaut. Aber auch von der Einführung von Primano, dem Angebot zur Förderung von Kindern im Vorschulalter, profitieren sicher vorab Frauen, indem sie bei der Kindererziehung unterstützt werden. Diese zwei Beispiele dienen zur Veranschaulichung, es würde auch noch weitere geben.

*Zu Frage 3b:*

Der Gemeinderat erachtet eine solche Analyse als unnötig. Wie bereits erwähnt gliedert sich das städtische Budget in Produktgruppen und Produkte. Es ist deshalb bereits heute möglich zu sagen, welche Mittel für welche Anspruchsgruppen eingesetzt werden. Aus einer begleitenden Analyse aus Geschlechtersicht erwartet der Gemeinderat keine wesentlichen Erkenntnisse. Beim anstehenden und zukünftigen Sparpaketen wird sicher darauf geachtet werden, dass nicht einseitig zu Lasten einzelner Anspruchsgruppen gespart wird.

Bern, 3. Juli 2013

Der Gemeinderat